

## Stresstest im Bundeshaus

Die Erneuerung des Bundesrates weckt Hoffnung auf bessere Führung. Diese wird trotz frischen Kräften nur gelingen, wenn auch das Parlament seiner Verantwortung gerecht wird. Von Markus Spillmann

Markus Spillmann (msn)

In gut zehn Tagen ist die Vereinigte Bundesversammlung zum vierten Mal in dieser Legislatur aufgerufen, neue Mitglieder in die Landesregierung zu wählen. Zählt man die fragwürdige Wahlschlacht um den Sitz von Christoph Blocher im Dezember 2007 dazu, ist es bereits die fünfte Ausmarchung in drei Jahren. Anzunehmen ist, dass nach den Parlamentswahlen im kommenden Jahr mindestens ein weiterer Sitz zur Disposition steht – jener von Eveline Widmer-Schlumpf. Es besteht eine gewisse Erwartung, dass dann auch die dienstälteste Kollegin im Gremium, Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, nach einem erfolgreichen Präsidentschaftsjahr ihren wohlverdienten Ruhestand antritt. Kommt es schliesslich in den Parlamentswahlen 2011 zu deutlichen Sitzverschiebungen, dürfte das mit Blick auf die Ansprüche besonders von FDP, CVP und Grünen auch im Bundesrat zu weiteren Personaldiskussionen führen.

### Nur ein Zwischenschritt

Angesichts dieser Umstände ist das Nominationsverfahren für die Ersatzwahlen vom 22. September erfreulich ruhig verlaufen. Die in flauen Sommerwochen medial inszenierte Geschlechterfrage ist genauso wie die Frage nach Geburtsort und Lebensmittelpunkt richtigerweise ohne Nachhall geblieben. Dass sich angesichts grosser Herausforderungen in diesem Land immer noch Stimmen finden, die eine allfällige «Übermacht» von Frauen in einer Landesregierung nach jahrelanger männlicher Dominanz unabhängig von Qualifikationen, Persönlichkeit oder Regierungsfähigkeit als Problem bezeichnen, ist erstaunlich. Relevant sind solche Bedenken nicht.

Das Parlament hat erstmals seit einigen Jahren wieder eine echte Auswahl. Von sechs offiziell Nominierten sind deren fünf valable Kandidaten, nur deren vier aber – von der FDP Johann Schneider-Ammann und Karin Keller-Sutter, seitens der SP Simonetta Sommaruga und Jacqueline Fehr – können in diesem Umgang nachvollziehbar einen Sitzanspruch geltend machen. Die SVP muss sich gedulden, nicht weil ihr als wählerstärkster Partei kein zweiter Sitz zustünde, sondern weil dieser erst im ordentlichen Verfahren der Gesamterneuerung im kommenden Jahr zu vergeben ist.

Im Lichte dieser Umstände ist dieser Wahlakt nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einigermaßen geordneten und über die Zeit hinweg wieder stabileren Verhältnissen im Bundesrat. Die an frühere italienische Verhältnisse erinnernde Kadenz von Ab-, Bestätigungs- und Ersatzwahlen muss spätestens 2011 ein Ende finden, genauso wie das lähmende parteipolitische Gezerre um Sitzanspruch und Personal. Wenn unter Konkordanz der faire Interessenausgleich zwischen allen gewichtigen politischen Strömungen verstanden wird, gleichzeitig aber hohe Erwartungen an die Regierungsfähigkeit des Bundesrates gestellt werden, dann ist eine Einigung über die numerische Zusammensetzung des Gremiums unabdingbar. Ein Rest an Willkür und Ausgrenzung wird immer bestehen; mit Blick auf die Stabilität einer dem Kollegialitätsprinzip verpflichteten

Regierung aber ist dies hinzunehmen.

Die bis zur Abspaltung der BDP von der SVP geltende Zusammensetzung des Bundesrates begrenzte die Zahl der Parteien sinnvollerweise auf vier. Damit ist auch gesagt, dass die BDP ungeachtet aller Rechtfertigungsversuche und trotz ihrer tüchtigen Justizministerin nach 2011 beim besten Willen keinen Sitzanspruch besitzt. In Stein gemeisselt freilich ist angesichts des Vormarsches der Grünen das Vier-Parteien-Modell nicht. Ob es aber der Stabilität dient, wenn jede erfolgreiche Partei flugs einen Bundesrat stellen kann, ist fraglich.

Gelingt es in den kommenden Monaten nicht, die massgebenden (sprich mehrheitsfähigen) Kräfte im Parlament wieder auf gewisse informelle Spielregeln zu verpflichten, dann wird das Konkordanzsystem irgendwann zerbrechen. Natürlich gibt es andere Formen der Regierungszusammensetzung, durchaus auch solche, die sich auf Bundesebene bewährt haben. Gleichwohl hat die Konkordanz in der derzeitigen parteipolitischen Konstellation so arg schlecht nicht funktioniert. Mit Blick auf die Erfahrungen der letzten drei Jahre wünschte man sich freilich, dass die Regierungsparteien mit mehr Augenmass und staatspolitischer Verantwortung am Grundsatz festhielten, parteipolitische Machtansprüche geringer zu gewichten als die Funktionsfähigkeit der Regierung.

Vieles an berechtigter Kritik am Verhalten des Bundesrates fällt auf das Parlament und seine tonangebenden Akteure zurück, weil ursächlich verbunden mit der folgenschweren Brückierung der SVP 2007 durch die Ratslinke und massgebende Teile der CVP. Es zeugt nicht von gewachsener Einsicht, wenn sich gewisse Exponenten just dieser Partei im jetzigen Nominationsverfahren erneut mit widerspruchreichen Wortmeldungen zu profilieren versuchen. Solches Verhalten grenzt an Politboulevard, bei allem Verständnis für die Notwendigkeit, sich beim Wähler mit pointierten Aussagen in Erinnerung zu rufen.

## Gesucht werden zwei Bundesräte

Die Fraktions-Anhörungen der Kandidaten von kommender Woche haben vor allem zu klären, ob die zur Wahl stehenden Persönlichkeiten von FDP und SP das Format haben, sich in eine Kollegialbehörde einzufügen. Die laut geforderte Teamfähigkeit ist zwar eine wichtige Voraussetzung für einen «guten» Bundesrat. Sie darf aber nicht zulasten von Kompetenz, Charakterstärke und Durchsetzungskraft überhöht werden. Gesucht werden nicht in erster Linie zwei Departementsvorsteher, sondern zwei Bundesräte. Gefordert ist mehr die Magistratin und weniger der Fachminister, mehr strategische Weitsicht und weniger operationelles Klein-Klein. Es braucht Rückgrat und mehr Souveränität, gerade auch im Umgang mit einer aggressiveren Medienzunft, in der die schnell hingeworfene Schlagzeile von fehlender Substanz ablenkt und trotzdem als erfolgreich wahrgenommen wird, weil publikumswirksam. Und schliesslich wünschte man sich einen Bundesrat, der sich dem Wohl des Landes als eines Ganzen verpflichtet fühlt und nicht in erster Linie jenem seiner Partei.

Das verlangt von allen Involvierten auch mehr Distanz zu den eigenen Interessen. Die Erneuerung des Bundesrates als Mittel zum Zweck, zu einer geschlossener auftretenden und handlungsfähigeren Regierung zurückzufinden, wird nur dann erfolgreich sein, wenn die Rollenverteilung zwischen Magistratsperson und Parteisoldat wieder deutlicher gelebt wird. Denn nicht der Streit im Ringen um tragfähige Lösungen hat den Ruf des Gremiums beschädigt, sondern die parteipolitisch gefärbte Intrige. Die Bürger dürfen erwarten, dass damit endlich Schluss ist.